

Wolf und Fuchs im Hühnerstall

Von Nora Seligmann

Das Schattentheater israelischer Politik auf dem Fernsehschirm kommt offensichtlich auch trotz augenfälligen Widersinns immer noch als ernsthafte Berichterstattung an. Beispiel: Scharon „droht“ mit einem „einseitigen Abzug“ seines Militärs aus Gaza. Unterstellt wird damit, daß es für die Palästinenser besser wäre, wenn sie ihr Einverständnis zu einem solchen Abzug gegeben hätten. –

Die Rechte und die Linke in Israel sind sich einig in dem „Verzicht auf Gaza“, das ihnen mit seiner extrem dichten und leiderprobten Bevölkerung, deren Überlebenswille immer noch nicht erschöpft zu sein scheint, ihnen zur Last geworden ist.

Angesichts der positiven Reaktion auf diesen „Verzicht“ nicht nur von seiten des US-Präsidenten sondern auch sogar von Englands Premier Blair, der immerhin keine Mehrheit der Wählerschaft hinter seiner Parteinahme für Israel hat, darf man wohl keine kritischere Reaktion erwarten. Andererseits sind wohl genug Meldungen über das brutale Vorgehen des israelischen Militärs gerade auch in Gaza in die Nachrichten gedrungen, sodaß kaum jemand mehr im Unklaren darüber sein dürfte, welche Befreiung ein definitiver Abzug für die Einwohner bedeuten würde.

Die Opposition gegen Scharons Plan von seiten extremistischer Zionisten seiner eigenen Partei kommt diesem dabei gelegen, einem internationalen Publikum den Eindruck zu vermitteln, daß er eben kein Extremist ist sondern sich für „Mäßigung“ einsetzt. In der hebräischen Presse kennzeichnete er dagegen seine Zielsetzung Anfang April in einem Interview mit drei bekannten Journalisten Nahum Barnea als Bestrafung für die Palästinenser.

Er führte dann aus, was die äußere Lage Gazas auch nach einem Abzug des israelischen Militärs angehe, so werde Israel weiterhin die Oberhoheit über den Luftraum über Gaza und über sein Küstengewässer behalten. Gazas Einwohner würden weder einen Flughafen haben können noch einen Hafen an ihrer Küste. Die Grenzen von Gaza würden in Israels Hand bleiben. – Gaza hat heute 1,3 Millionen Einwohner und seine Oberfläche stellt EIN PROZENT (1%) des historischen Palästina dar, das die englische Krone nach der mit arabischer Hilfe erreich-

ten Vertreibung der Osmanen (Türken) als Mandatsgebiet am Ende des 1. Weltkriegs übernahm.

Als Scharon Mitte April im Weißen Haus empfangen wurde und vom amerikanischen Präsidenten ein uneingeschränktes Placet zu seiner Politik erhielt, waren sogar die größten Pessimisten unter den palästinensischen Politikern der Autonomiebehörde überrascht. Vielleicht läßt die Lage ihres Volkes einfach den Gedanken nicht zu, die Entwicklung könnte jetzt darauf hinauslaufen, daß die Palästinenser sich eines Tages alle in Gaza wiederfinden werden, sofern sie nicht die Flucht ergreifen.

In einer weiteren Phase dürften auch die Palästinenser dorthin verbannt werden, die zur Zeit noch Staatsangehörige Israels sind. Jassir Arafat hat scheinbar inzwischen Israel auch noch als „den jüdischen“ Staat anerkannt, und das bedeutet, daß Nichtjuden dort allenfalls geduldet werden.

Wie man die Vorstellung von Gaza als dem Staat der Palästinenser einem internationalen Publikum vermittelt, wurde schon Ende der 80er Jahre in einem im Ton überquellender Nächstenliebe gehaltenen Leserbrief an eine kanadische Tageszeitung vorgeführt: „Gaza – das kann das Hongkong des Mittelmeeres werden ...“ Gemeint war damit ein Wirtschaftswunder von Heimat für alle Palästinenser, wo es vergoldete Badezimmer geben wird und alle Welt geschäftig ein- und ausgeht.

Auf dem Wege dahin hat sich Scharon von den USA das Recht auf Beibehaltung 1967 besetzten Gebietes zusprechen lassen, was internationalem Recht (2. Genfer Konvention) und allen einschlägigen UN-Beschlüssen zuwider läuft. Zweitens hat Präsident Bush ihm auch Recht gegeben, daß keine Rede davon sein könne, den 1947/49 erst von zionistischen Milizen und dann von israelischen Truppen vertriebenen palästinensischen Einwohnern des heutigen Israel irgendeinen Anspruch auf Rückkehr oder Entschädigung zuzuerkennen.

Die von Scharon verfolgten Ansprüche sind aber durchaus nicht neu oder nur seiner Likud-Regierung eigen: Tatsächlich entspricht seine Politik im Grunde auch den Vorstellungen der Labour-Partei und denen von noch weiter links angesiedelten Politikern, die sich gern und erfolgreich mit der Friedenstaube schmücken - am besten verkörpert in der Person von Simon Peres, dem im heimischen Gefilde stolzen Vater der israelischen Atombombe.

2001 hatte es der seinerzeitige Präsident Ehud Barak von der Labour-Partei mit Präsident Clinton zu tun. Er erklärte in der *New York Times* vom 24.5.01: Wofür Israel jetzt sorgen muß, ist die Sicherstellung einer

jüdischen Mehrheit in seinem Staat. Dazu bedarf es einer klaren Abtrennung von den Palästinensern, wenn nötig ohne ihre Zustimmung, und des allmählichen Ausbaues einer sicheren Grenze für die Zukunft. Ihr Verlauf muß über 90% der jüdischen Siedlungen in Judäa und Samaria einbeziehen. – (Mit diesen biblischen Bezeichnungen unterstreicht man den politischen Anspruch Israels auf das 1967 besetzte Gebiet westlich des Jordan. Die damit israelisch besiedelte Oberfläche stellte damals 15% dieses Gebietes dar.) – Ferner muß eine weite Sicherheitszone im Jordantal unter Israels Kontrolle bleiben. Wir brauchen angemessene Grenzen, um das Eindringen von Selbstmordattentätern und anderen Angreifern zu verhindern.

Es gibt also keinen grundlegenden Unterschied zwischen Baraks Vorstellungen von 2001 und Scharons von 2004. Auch Baraks Nachfolger General Amram Mitzna, der den „weicheren“ Flügel der Labour-Partei verkörpert und zu den Schöpfern der sog. Genfer Initiative gehört, diesem Entwurf eines Friedensvertrags, der von israelischen Politikern der Opposition (zu Likud) und früheren Politikern der Palästinensischen Autonomiebehörde mit Arafats Segen unterzeichnet worden war, erklärte am 16.10.03 in der israelischen Tageszeitung „Haaretz“:

Zum ersten Mal in der Geschichte erkennen die Palästinenser Israel als den Staat des jüdischen Volkes für immer und alle Ewigkeit an. Sie haben das Rückkehrrecht der Flüchtlinge nach Israel aufgegeben, sodaß jetzt eine jüdische Mehrheit auf Dauer gesichert ist. Die Klagemauer, das Jüdische Viertel (im palästinensisch bevölkerten Ostjerusalem) und Davids Turm bleiben in unserer Hand. Vom Osten sind wir nicht mehr bedrängt: Unsere Siedlungen Givat Ze"ev, Alt- und Neu-Givon, Ma"ale Adumim, Gusch Etzion, Neve Jaakov, Pisgat Ze"ev, French Hill, Ramot, Gilo und Arnon Hanatziv werden alle Teil eines vergrößerten Jerusalem sein - und das für immer. Keiner der Siedler in dieser Gegend wird sein Heim aufgeben müssen. - Mit dieser Aufzählung hat Amram Mitzna tatsächlich Scharon schon ausgestochen an Deutlichkeit der Zielsetzung.

Sogar auf dem äußersten linken Flügel des Parteienspektrums, wo die Meretz-Partei angesiedelt ist, hat dessen Vertreter Yossi Beilin, ehemaliger Justizminister und treibende Kraft hinter der „Genfer Initiative“, die Ausführungen von Amram Mitzna zu diesem Friedensplan sich zu eigen gemacht. Im Februar 04 schrieb er in der Tageszeitung „Ma'ariv“: Wenn Israel und die Palästinenser es fertig bringen, einen Vertrag im Geiste der Genfer Initiative zu unterzeichnen, wird das für Israel sehr positiv zu Buche schlagen: In seinem Osten wird es zu einer internatio-

nal anerkannten Grenzziehung kommen; Jerusalem wird unsere vergrößerte Hauptstadt sein, in die alle Staaten ihre Botschaften aus Tel Aviv verlegen werden; die Frage einer Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge wird vollkommen vom Tisch sein und all die diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen werden mit der Unterschrift unter einen Vertrag wie die Genfer Initiative vom Tisch gefegt sein.

Schlomo Ben-Ami, auch vom weicheren Flügel der Labour-Partei, kritisierte am 11.12.03 aber die Genfer Initiative noch als viel zu großzügig den Palästinensern gegenüber. In der französischen Tageszeitung „Le Figaro“ beklagte er, daß Jossi Beilin und die anderen israelischen Partner der Genfer Initiative sich gegenseitig mit Zugeständnissen an die Palästinenser überböteten. Ben-Ami war Außenminister unter Barak gewesen und hatte die israelischen Unterhändler bei den von Clinton vorangetriebenen „Friedensverhandlungen“ im Juli 2001 in Camp David (USA) und im Dezember 2001 in Taba am Roten Meer angeführt.

Wenn man die in der israelischen Presse dokumentierten Äußerungen aus der Labour-Partei bis hin zu der ganz linken Meretz-Partei mit denen von Scharon auf der Rechten vergleicht, kann man keinen grundsätzlichen Unterschied ausmachen. Scharon ist nur gröber und fällt auch bei einem Israel grundsätzlich gewogenen Publikum eventuell unangenehm auf durch seine Rücksichtslosigkeit. Was aber bringt palästinensische Politiker und ihren Führer Arafat dazu, sich über Scharons Vorgehen und die Gutheißung durch den Präsidenten der USA aufzuregen, als hätte sich damit ein neues, womöglich das letzte Blatt der Geschichte des palästinensischen Volkes gewendet?

Der Unterschied zwischen linker und rechter Politik in Israel liegt im Stil. Linke Politiker haben sich im allgemeinen bemüht, von der Palästinensischen Autonomiebehörde eine Unterschrift unter ihre, dem palästinensischen Interesse mehr oder weniger direkt zuwider laufenden Maßnahmen zu bekommen und zwar fast immer mit Erfolg. Der „Geist von Oslo“ mag über den offiziellen Vertretern der Palästinenser gewesen sein in ihrem Streben, die Hoffnung auf Besserung der Lage über alle Skepsis zu stellen. Volksnahe Kritiker meinen allerdings, Arafats Riege buhle aus Selbsterhaltungsgründen mit dem „Friedenslager“ Israels. Solange noch ein „Friedensprozeß“ im Gange ist, spielen Arafats Politiker auch noch eine Rolle auf internationalem Parkett. Ihre israelischen Partner aber, vor allem von der Labour-Partei, kommen dadurch zu der internationalen Kreditwürdigkeit, an der ihnen so sehr gelegen ist. Dabei brauchen sie diese nicht einmal mit echten Zugeständnissen

zu bezahlen, d.h. mit einer teilweisen Rückgabe der von Israel geraubten palästinensischen Güter.

Die israelische Linke und viele liberale Kommentatoren in Nordamerika zerreißen sich jetzt das Maul über Scharons Politik, als ob sie etwas unerhört Neues sei und nur sie einer Entspannung in Nahost im Wege stehe. Tatsächlich aber ist eine grundlegende Neuausrichtung unmöglich, solange die israelische Gesellschaft sich übereinstimmend als eine jüdische Demokratie versteht, d.h. als Bürger eines Staates, der jüdisch und demokratisch zugleich ist, und sie diesen wie selbstverständlich auf Kosten der Palästinenser beansprucht. Diese Tatsache in ihrer geschichtlichen Auswirkung anzuerkennen führt aber zur Verzweiflung an der Möglichkeit einer gerechten Aufteilung des historischen Palästina.

Der israelischen Linken kommt Scharons Politik insofern zugute, als er ihnen die schmutzige Arbeit in Verfolgung ihrer nationalen Ziele abnimmt. Quer durch alle Parteien wird man ihm den Verdienst zugestehen, daß er sich die USA dabei zum Partner gemacht hat und das „israelische Friedenslager“ wird ihn dafür nicht kritisieren. Von den Linken verfolgte Ziele nehmen sich im Munde Scharons gemäßigt aus vor dem Hintergrund seiner eigenen politischen Vergangenheit: Er hat im wörtlichen Sinne versucht, die Nationalbewegung der Palästinenser seinerzeit im Libanon auszurotten; er hat versucht, den Libanon als Staat abzuschaffen, er hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß für ihn Jordanien das Land der der Palästinenser ist. Präsident Bush hat seinen „einseitigen Abzug“ aus Gaza denn auch eine „mutige und kühne“ Entscheidung genannt.

So wie sich Scharon und Bush verstehen - beide an der Spitze einer Rechtspartei - verstehen sich auch die Linken Israels und die linksliberalen Demokraten der USA. Bei der letzten „Friedenskonferenz“ von Taba erklärte Clinton, der seinerzeitige Präsident, zur Frage der Rückkehr palästinensischer Vertriebener: Wir können nicht von Israel erwarten, daß es sich einverstanden erklärt mit einer Maßnahme, die seinem Selbstverständnis zuwider läuft und damit die Logik einer Friedensfindung von vornherein in Frage stellen würde.

Auch hat Clinton damals von keiner Räumung der auf besetztem Gebiet errichteten Siedlungen gesprochen sondern von einer Einbeziehung der größtmöglichen Zahl dieser Siedlungen in den Staat Israel. Clinton machte Israel damit Zugeständnisse, die Hohn auf internationales Recht und die einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen sind.

Warum also regen sich die Politiker um Arafat erst jetzt so lauthals auf? Mindestens zwei Beweggründe scheinen plausibel: Panik angesichts des Tempos bei der Verdrängung der Palästinenser unter Scharon und andererseits die Hoffnung, daß ihr Schicksal endlich genug Sympathien in der Welt wecken wird, daß diese am Ende doch noch zu einer palästinensischen Eigenständigkeit führen werden. Wohlgermerkt hat die Welt aber noch nicht einmal Arafats über die Jahre wiederholten Hilferuf nach UNO-Beobachtern erhört geschweige denn den nach einer UNO-Truppe zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung.

Quelle: WRMEA Juni 2004